

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sandra Weeser, Michael Theurer, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/29512 –**

Ausgaben der Bundesregierung für die Bewerbung von Gesetzen

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf die Schriftliche Frage 84 auf Bundestagsdrucksache 19/28193 mitgeteilt, dass sie für die Kommunikation des Sorgfaltspflichtengesetzes (sog. Lieferkettengesetz) über 1,1 Mio. Euro ausgegeben bzw. in Auftrag gegeben hat. Aus Sicht der Fragesteller ist es äußerst fraglich, warum die Werbekampagne für das Gesetz bereits in Auftrag gegeben und öffentlich gemacht wurde, bevor der Gesetzentwurf überhaupt vom Gesetzgeber, dem Deutschen Bundestag, beraten wurde. Auch in der öffentlichen Berichterstattung ist dieser Vorgang kritisch beleuchtet worden (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article229601733/Hubertus-Heil-Hunderttausende-Euro-fuer-Gesetz-das-es-noch-nicht-gibt.html>). Da die Mittel zur Finanzierung einer solchen Bewerbung von Gesetzen aus dem Budget des jeweiligen Bundesministeriums stammen, die sich wiederum aus dem größtenteils steuerfinanzierten Bundeshaushalt speisen, ist der Vorgang aus Sicht der Fragesteller auch vor diesem Hintergrund bemerkenswert. Deshalb ist es von Interesse, ob es sich hierbei um einen Einzelfall handelt, oder ob dieses Vorgehen auch bei anderen Gesetzen angewendet wurde.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Mit ihrer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit kommt die Bundesregierung ihrem verfassungsmäßigen Auftrag zur Information der Bürgerinnen und Bürger über ihre Tätigkeit, Vorhaben und Ziele nach. Das Bundesverfassungsgericht hat wiederholt deutlich gemacht, dass die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung nicht nur zulässig, sondern auch notwendig ist. In seinem Urteil vom 9. Juni 2020 (Az. – 2 BvE 1/19 –) führte es diesbezüglich aus:

„Die der Bundesregierung gemeinsam mit den anderen dazu berufenen Verfassungsorganen obliegende Aufgabe der Staatsleitung schließt als integralen Bestandteil die Befugnis zur Informations- und Öffentlichkeitsarbeit ein. Diese ist nicht nur verfassungsrechtlich zulässig, sondern notwendig, um den Grundkonsens im demokratischen Gemeinwesen lebendig zu erhalten und die Bürgerinnen und Bürger zur eigenverantwortlichen Mitwirkung an der politischen Willensbildung sowie zur Bewältigung vorhandener Probleme zu befähigen. Sie

umfasst die Darlegung und Erläuterung der Regierungspolitik hinsichtlich getroffener Maßnahmen und künftiger Vorhaben angesichts bestehender oder sich abzeichnender Probleme sowie die sachgerechte, objektiv gehaltene Information über die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betreffende Fragen und wichtige Vorgänge auch außerhalb oder weit im Vorfeld der eigenen gestaltenden politischen Tätigkeit.“

Der Wahrnehmung dieses verfassungsrechtlichen Auftrags dient auch die transparente und umfassende Information der Öffentlichkeit über Gesetzesvorhaben.

1. Welche Gesetze hat die Bundesregierung in der laufenden Legislaturperiode zu welchen Kosten bewerben lassen (bitte nach Gesetz, beteiligten Bundesministerien und Summe der Werbekosten aufschlüsseln)?

Die Frage 1 wird in der beigefügten Tabelle (Anlage 1) beantwortet.

2. Mit welchen Werbe- und PR-Agenturen haben die Bundesministerien zur Bewerbung der Gesetzesvorhaben zusammengearbeitet (bitte nach Gesetz und beteiligten Bundesministerien aufschlüsseln)?
3. Bei welchen Gesetzen hat die Bundesregierung Aufträge für die Kommunikation bzw. Bewerbung erteilt, bevor diese in erster Lesung vom Deutschen Bundestag beraten wurden (bitte nach Gesetz und beteiligten Bundesministerien aufschlüsseln)?
4. Bei welchen Gesetzen hat die Bundesregierung Aufträge für die Kommunikation bzw. Bewerbung erteilt, bevor diese vom Deutschen Bundestag abschließend beraten wurden (bitte nach Gesetz und beteiligten Bundesministerien aufschlüsseln)?

Die Fragen 2 bis 4 werden in der beigefügten Tabelle (Anlage 2) beantwortet.

5. Aus welchen Gründen erteilt die Bundesregierung Aufträge für die Bewerbung von Gesetzen, bevor diese vom Deutschen Bundestag beraten und beschlossen wurden?

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

6. Wird aus Sicht der Bundesregierung das Verfassungsorgan Deutscher Bundestag in seiner zentralen Funktion für die Gesetzgebung in ausreichendem Maße respektiert, wenn die Bundesregierung bereits vor dessen Beratung bzw. Beschluss eines Gesetzes Werbung für selbiges in Auftrag gibt?

Ja. Ergänzend wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

7. Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass die Kommunikation bzw. Bewerbung von Gesetzen sowie die Höhe der dafür aufgewendeten Kosten im Jahr einer Bundestagswahl nicht den Eindruck erwecken, damit indirekt Wahlwerbung für Parteien zu machen?

Die Bundesregierung beachtet die verfassungsrechtlichen Grenzen für ihre Öffentlichkeitsarbeit.

8. Agieren die Bundesministerien bei der Auftragsvergabe für die Bewerbung von Gesetzentwürfen oder Gesetzen eigenständig, oder gibt es innerhalb der Bundesregierung einheitliche Vorgaben hinsichtlich der Höhe der Werbekosten oder andere Faktoren, die die Bundesministerien befolgen müssen?

Die Bundesministerien gestalten ihre Öffentlichkeitsarbeit in eigener Verantwortung entsprechend dem geltenden Ressortprinzip.

9. Warum ist aus Sicht der Bundesregierung die Medienarbeit des Bundespresseamtes nicht ausreichend, um die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland über Bundesgesetze zu informieren, bzw. wieso bedarf es darüber hinaus einer aktiven Bewerbung über Anzeigen, Schaltungen, Außenwerbung etc.?

Es wird auf die Antwort zu Frage 8 sowie auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

Anlage 1

Kleine Anfrage 19/29512 – Frage 1

Ministerium	Gesetzesvorhaben	Schaltkosten inkl. Mehrwertsteuer
BMF	Gesetzespaket zur Reform der Grundsteuer, konkret:	189.246 €
	Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz – GrStRefG)	
	Gesetz gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmisbrauch, konkret: Neuregelung des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz – SchwarzArbG)	674.831 €
	Gesetz zur Rückführung des Solidaritätszuschlags 1995; konkret: Neuregelung des Solidaritätszuschlaggesetzes 1995	1.284.802 €
BMJV	WEG-Reform	23.984 €
BMAS	Rentenpakt	1.212.724 €
	Brückenteilzeit	437.707 €
	EUTB	220.125 €
	JEK 2018 / 2019 *	716.589 €
	Rentenpakt	1.611.604 €
	Grundrente	875.633 €
	JEK 2020 / 2021 **	1.166.874 €
Sozialschutzpaket	864.618 €	
	Sorgfaltspflichtengesetz	1034.918 €

<p>*) JEK 2018 / 2019 = Jahresendkommunikation zu den Gesetzen: Rentenpakt, Brückenteilzeit, Teilhabechancengesetz und Qualifizierungschancengesetz (Inkrafttreten zum 01.01.2019) **) JEK 2020 / 2021 = Jahresendkommunikation zu den Gesetzen: Grundrente, Mindestlohn, Beschäftigungssicherungsgesetz und Arbeitsschutzkontrollgesetz (Inkrafttreten zum 01.01.2021)</p>		
BMFSFJ	Gute-KiTa-Gesetz	962.876 €
	Zweites Gesetz zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes	346.118 €
BMG	Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG)	3.211.219 €
	GKV-Versichertenentlastungsgesetz (GKV-VEG)	
	Hebammenreformgesetz	
	Psychotherapeutenausbildungsreformgesetz	
	PTA-Reformgesetz	
	ATA/OTA-Gesetz	
	Digitale-Versorgung-Gesetz-DVG	
	Implantateregister-Errichtungsgesetz	
	Masernschutzgesetz	
	MDK-Reformgesetz	
	Pflegeberufgesetz	
	Pflegepersonal-Stärkungsgesetz	
	BMU	
Plastiktütenverbot im Rahmen der Änderung des Verpackungsgesetzes		1.275.400 €
Insektenschutzgesetz		368.859 €
BMBF	Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)	1.494.743 €
	Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	2.649.886 €

	Berufsbildungsgesetz (BBiG)	1.849.918 €
	Deutschlandstipendium	1.506.174 €
BMZ	Sorgfaltpflichtengesetz	65.760 €

Hinweis:

Es werden hier die reinen Schaltkosten inkl. MwSt. ohne Agenturhonorare und ohne Kreationskosten angegeben. Kommunikationsmaßnahmen ohne Schaltkosten sind von der Frage 1 nicht umfasst, jedoch in der Anlage 2 zu den Fragen 2 - 4 angegeben.

Anlage 2

Kleine Anfrage 19/29512 – Fragen 2 - 4

Ministerium	Gesetzesvorhaben	Agenturen	Vor erster Lesung im Deutschen Bundestag (Frage 3)	Vor finaler Abstimmung im Deutschen Bundestag (Frage 4)
BMF	Gesetzespaket zur Reform der Grundsteuer; konkret: Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz – GrStRefG)	Carat Deutschland GmbH	NEIN	JA
	Gesetz gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmisbrauch, konkret: Neuregelung des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz – SchwarzArbG)	Carat Deutschland GmbH	NEIN	NEIN
BMJV	Gesetz zur Rückführung des Solidaritätszuschlags 1995; konkret: Neuregelung des Solidaritätszuschlaggesetzes 1995	Carat Deutschland GmbH	NEIN	NEIN
	Bewerbung der WEG-Reform Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Strafbarkeit der Verbreitung und des	Phd Super an der Spree Super an der Spree	NEIN JA	NEIN JA

Besitzes von Anleitungen zu sexuellem Missbrauch von Kindern	Super an der Spree	NEIN	JA
Gesetz zur Änderung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes	Super an der Spree	JA	JA
Strafbarkeit von Feindeslisten	Super an der Spree	JA	JA
Kriminelle Handelsplattformen im Internet	Super an der Spree	JA	JA
Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität	Super an der Spree	JA	JA
Schutz von intergeschlechtlichen Kindern	Super an der Spree	JA	JA
Gesetz zur Verbesserung des Schutzes gegen Nachstellung	Super an der Spree	JA	JA
Faire Verbraucherverträge	Super an der Spree	JA	JA
Gesetz zur Reform des Mietpiegels	Super an der Spree	NEIN	JA
Kinderrechte ins Grundgesetz	Super an der Spree	JA	JA
Gesetz über faire Verbraucherverträge	Super an der Spree	JA	JA
Begrenzung der Abschlussprovisionen bei Restschuldversicherungen	Super an der Spree	JA	JA
Transparenz im Onlinehandel	Super an der Spree	JA	JA
Rechtssicherheit für Influencer	Super an der Spree	JA	JA
Verbraucherschutz beim Kauf von Software und Apps	Super an der Spree	JA	JA
Frauen in Führungspositionen	Super an der Spree	JA	JA
Verbot von Gafferfotos	Super an der Spree	NEIN	NEIN
Gesetzentwurf effektive Strafverfolgung im digitalen Raum	Super an der Spree	JA	JA
Änderung der Verbraucherkredite	Super an der Spree	JA	JA
Gesetz zur Mobilisierung von Bauland	Super an der Spree	JA	JA
Verbot von Upskirting	Super an der Spree	NEIN	JA

	Gesetz zur Stärkung der Integrität in der Wirtschaft	Super an der Spree	JA	JA	
	Gesetz über die Verteilung der Maklerkosten bei der Vermittlung von Kaufverträgen über Wohnungen und Einfamilienhäuser	Super an der Spree	NEIN	JA	
	Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität	Super an der Spree	JA		
BMAS	Rentenpakt	Kompaktmedien / Wigwam	JA	JA	
	Brückenteilzeit	Kompaktmedien / Wigwam	JA	JA	
	EUTB	Kompaktmedien / Wigwam	NEIN	NEIN	
	JEK 2018 / 2019 *	Kompaktmedien / Wigwam	NEIN	NEIN	
	Rentenpakt	Kompaktmedien / Wigwam	NEIN	NEIN	
	Grundrente	Kompaktmedien / Wigwam	NEIN	JA	
	JEK 2020 / 2021 **	Kompaktmedien / Wigwam	NEIN	NEIN	
	Sozialschutzpaket	Kompaktmedien / Wigwam	NEIN	NEIN	
	Sorgfaltspflichtengesetz	Kompaktmedien / Wigwam	JA	JA	
	*) JEK 2018 / 2019 = Jahresendkommunikation zu den Gesetzen: Rentenpakt, Brückenteilzeit, Teilhabechancengesetz und Qualifizierungschancengesetz (Inkrafttreten zum 01.01.2019)				

		**) JEK 2020 / 2021 = Jahresendkommunikation zu den Gesetzen: Grundrente, Mindestlohn, Beschäftigungssicherungsgesetz und Arbeitsschutzkontrollgesetz (Inkrafttreten zum 01.01.2021)		
BMFSFJ	Gute-KiTa-Gesetz	Jost von Brandis und Carat	NEIN	NEIN
	Zweites Gesetz zur Änderung des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes	Jost von Brandis und Carat	NEIN	NEIN
BMG	Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG)	Scholz&Friends Berlin GmbH	NEIN	NEIN
	GKV-Versichertenentlastungsgesetz (GKV-VEG)	Scholz&Friends Berlin GmbH	NEIN	NEIN
	Hebammenreformgesetz	KOMPAKTMEDIEN Agentur für Kommunikation GmbH, Carat Deutschland GmbH	NEIN	NEIN
	Psychotherapeutenausbildungsreformgesetz	KOMPAKTMEDIEN Agentur für Kommunikation GmbH, Carat Deutschland GmbH	NEIN	NEIN
	PTA-Reformgesetz	KOMPAKTMEDIEN Agentur für Kommunikation GmbH, Carat Deutschland GmbH	NEIN	NEIN
ATA/OTA-Gesetz	KOMPAKTMEDIEN Agentur für Kommunikation GmbH, Carat Deutschland GmbH	NEIN	NEIN	

		Kommunikation GmbH, Carat Deutschland GmbH			
Digitale-Versorgung-Gesetz-DVG		KOMPAKTMEDIEN Agentur für Kommunikation GmbH, Carat Deutschland GmbH	NEIN	NEIN	
Implantateregister-Errichtungsgesetz		KOMPAKTMEDIEN Agentur für Kommunikation GmbH, Carat Deutschland GmbH	NEIN	NEIN	
Masernschutzgesetz		KOMPAKTMEDIEN Agentur für Kommunikation GmbH, PHD Germany GmbH, Carat Deutschland GmbH	NEIN	NEIN	
MDK-Reformgesetz		KOMPAKTMEDIEN Agentur für Kommunikation GmbH, Carat Deutschland GmbH	NEIN	NEIN	
Pflegeberufegesetz		KOMPAKTMEDIEN Agentur für Kommunikation	NEIN	NEIN	

			GmbH, Carat Deutschland GmbH			
	Pflegepersonal-Stärkungsgesetz		KOMPAKTMEDIEN Agentur für Kommunikation GmbH, Carat Deutschland GmbH	NEIN	NEIN	
BMU	Klimaschutzgesetz		Tinkerbelle GmbH	JA	JA	
	Plastiktütenverbot im Rahmen der Änderung des Verpackungsgesetzes		Ressourcenmangel GmbH	JA	JA	
	Insektenschutzgesetz		Ressourcenmangel GmbH	JA	JA	
BMBF	Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)		Kompaktmedien - Agentur für Kommunikation GmbH, Carat Deutschland GmbH, Weischer.JvB GmbH	NEIN	NEIN	
	Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)		Kompaktmedien - Agentur für Kommunikation GmbH, Carat Deutschland GmbH, Weischer.JvB	NEIN	NEIN	

		GmbH, PHD Germany GmbH			
	Berufsbildungsgesetz (BBiG)	Kompaktmedien - Agentur für Kommunikation GmbH, Carat Deutschland GmbH, Weischer.JvB GmbH	NEIN	NEIN	
	Deutschlandstipendium	Kompaktmedien - Agentur für Kommunikation GmbH, Carat Deutschland GmbH, PHD Germany GmbH	NEIN	NEIN	
	Sorgfaltspflichtengesetz	Carat Deutschland GmbH	JA	JA	
BMZ					

